

nischer Kenntnisse nicht erwarten. Sie hätten uns eine rein symptomatische Schilderung liefern können. Dies unterließen sie, weil diese Dinge allgemein bekannt waren. Eine zusammenhängende, kausale Erklärung blieb einer Zeit vorbehalten, die über umfassende Kenntnisse auf dem Gebiete des Blutkreislaufs verfügt. Ein Auftreten der von Dr. Hyneck hypothetisch geforderten Muskelkrämpfe konnte nicht widerlegt werden. Soviel ergab sich aber, daß sie als eigentliche Todesursache nicht in Frage kommen. Wenn unsere Versuche auch nicht annähernd eine Wiederholung der Kreuzigung darstellen, so sind sie doch für das Studium der Kreislaufverhältnisse durchaus erschöpfend. Sie mußten natürlich mit dem Eintritt des Kollapses unterbrochen werden. Da aber die Faktoren, die diesen „orthostatischen Kollaps“ ergeben, bei der Kreuzigung weiter bestehen bleiben, führen sie mit notwendiger Konsequenz zum Tod. Das Herz und die lebenswichtigen Zentren des Gehirns müssen versagen wegen ungenügender Durchblutung. Weiterhin zeigen die Versuche, daß die lange Dauer des Sterbens am Kreuz nur dadurch ermöglicht wird, daß eine Stützmöglichkeit geboten wird. Getrieben von den ungeheuren Schmerzen und der Todesangst wurde von dieser Möglichkeit immer wieder in zeitlichen Abständen Gebrauch gemacht, und so verlängerten die Betreffenden ihr Martyrium. Wir verstehen jetzt den Ausspruch Senecas (Philosoph und Erzieher Neros, gest. 65 n. Chr.): „Den so Verurteilten schwand das Leben Tropfen für Tropfen dahin.“

Es ergibt sich aus dem bisherigen unseres Erachtens noch eine theologische Folgerung: Wenn verschiedene Theologen aus anderen Gründen der Überzeugung sind, daß Christus den Zeitpunkt des Eintritts seines Todes selbst bestimmte, so möchten wir ihnen aus folgender Erwägung recht geben. Christus hätte (als Allwissender) die Möglichkeit gehabt, das Stehen auf den angenagelten Füßen zu unterlassen. Wenn er aber, wie die Evangelien berichten, drei Stunden am Kreuz hing, so beweist das, daß er sein Leiden bis zur letzten Erschöpfung übernehmen wollte — für uns.

Zur Neuordnung des Wirtschaftslebens

Buchbericht von WERNER MENDE S. J.

Wer sich über das verwirrend anmutende Getöse ideologisch-parteidoktrinär bestimmter Meinungswogen erhebt und den Gesamtkurs überdenkt, den die menschliche Gesellschaft seit der Industrialisierung genommen hat, wird feststellen, daß dieser Weg in einer verhängnisvollen Zickzacklinie verlief, nämlich von der Szylia der extrem liberalistischen, monopolistisch entarteten Wirtschaft zur Charybdis einer nicht weniger verhängnisvollen, die Gesellschaft vermassenden und die Wirtschaft vergewaltigenden Zentralverwaltungswirtschaft. Eine bedeutende Gruppe deutscher und ausländischer Nationalökonomien macht in dem Jahrbuch „Ordo“¹ mit einem Wirtschaftssystem bekannt, das die üblen Folgen beider Extreme zu vermeiden verspricht und außerdem einen Beitrag zur Ordnung der Gesellschaft insgesamt bieten will.

Das Ziel dieser Männer ist kein anderes, als es uns schon längst aus den sozialen Enzykliken der Päpste bekannt ist: Überwindung der Vermassung (Proletarisierung) in einem mehr als wirtschaftlichen Sinne und die Ermöglichung eines menschenwürdigen Lebens für jedermann. Der Weg dazu ist der

¹ „Ordo“, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (W. Eucken und Fr. Böhm) Verlag Helmut Küpper 1948.

im Rahmen einer bestimmten verfassungs- und wirtschaftsrechtlichen Ordnung umgrenzte und gesicherte Leistungswettbewerb.² Es ist ja geschichtsnotorisch, wie der extreme Liberalismus daran scheiterte, daß er die private Vermachtung und damit Entartung des echten Leistungswettbewerbs mit all den sozialen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen nicht hintanhaltend konnte; es ist ebenso geschichtsnotorisch, wie das System der zentral gelenkten Wirtschaft an der Unmöglichkeit scheiterte, durch eine noch so übersteigerte Wirtschaftsbürokratie des überaus verwickelten und fein gebauten Gebildes der modernen arbeitsteiligen industrialisierten Wirtschaft Herr zu werden, ohne die schwersten strukturellen, ökonomischen wie allgemein-menschlichen und gesellschaftlichen Schrumpfungsmomente heraufzubeschwören. Das System der Männer des „Ordo“ umgeht beides: den gescheiterten Liberalismus und die gescheiterte Zentralverwaltungswirtschaft. Es ist ein System, das den echten Leistungswettbewerb als das dem Menschen und der Wirtschaft gemäße System erstrebt und ihn gegen alle Entartungsformen schützen will durch eine Wirtschaftsverfassung, die zwei entscheidende Dinge umfaßt: verfassungsrechtliche Garantie des Leistungswettbewerbs und der Monopolkontrolle. Die national-ökonomische Theorie, wie sie W. Eucken darstellt³, der es unter Vermeidung jeder ideologischen Vorbelastung um den Aufweis der der Wirtschaft innewohnenden Sachlogik geht, stellt fest, daß durch die Industrialisierung die Arbeitsteilung in einem Maße gestiegen ist, das es unmöglich macht, die Wirtschaft als Ganzes so zu lenken, wie das in der für den einzelnen übersehbaren Form der Eigenwirtschaft der Fall sein konnte. Damit erhebt sich das wirtschaftsordnungspolitische Problem: wie nämlich in der industrialisierten Wirtschaft die ordnende Vernunft zur Geltung kommen könne, die sich in der kleinen Eigenwirtschaft tagtäglich durch ihren Leiter betätigt. Diese Wirtschaftsordnung hat die Gesamtheit der Formen zu umfassen, in denen die Lenkung der alltäglichen Wirtschaftsprozesse konkret erfolgt.

Das Problem der Wirtschaftsordnung führt noch über die sinngemäße Gestaltung einer funktionierenden Wirtschaft hinaus und erweitert sich zum Ordnungsproblem für Staat und Gesellschaft. Es ist in gewissem Maße richtig, daß eine gegenseitige Abhängigkeit nicht nur der einzelnen Teile der Wirtschaft unter sich, sondern auch der Ordnungen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft besteht. Eucken weist auf die höchst nachteiligen Folgen hin, die sich aus der Nichtbeachtung dieses ordnungspolitischen Problems in der klassischen und nachklassischen Zeit ergaben, vor allem in der tödlichen Wirkung monopolistischer Wirtschaft. An Stelle dieses, die Gesamtwirtschaft umfassenden Ordnungsproblems treten lange Zeit die letzten Endes für die Wirtschaft als Ganzes unfruchtbaren Teilprobleme: der Eigentumsfrage (Marx), die der betrieblichen Arbeitsverfassung, und die neueste, später noch näher zu behandelnde Vollbeschäftigungspolitik Keynes'scher Prägung. Sowohl in der monopolistischen wie in der kollektivistischen modernen Industriegesellschaft ist der „Knappheitsmesser“ (der Preise), der die Verwendungsmöglichkeiten der einzelnen Gütermengen anzeigt, außer Kurs gesetzt. In der monopolistischen Wirtschaft tritt an seine Stelle das private Macht- und Gewinnstreben, in der kollektivistischen die staatliche Macht. Gesellschaftlich wirkt sich das so aus, daß die private Vermachtung der monopolistischen Wirtschaft entscheidend zur Entstehung und Verschärfung der sozialen Kampffronten beiträgt, die staatliche Vermachtung der Wirtschaft zur verabschiedeten Nivellierung der schöpferischen Persönlichkeit. Man muß — richtig verstanden — Eucken zustimmen, wenn er sagt: „Keine geistig-religiöse oder politische Bewegung wird

² B. Pfister, Leistungswettbewerb und Monopolkontrolle. Hochland, August 1948.

³ W. Eucken, Grundlagen der theoretischen Nationalökonomie. Küpper, 1947, 5. Aufl.

diese Probleme lösen, wenn es nicht gelingt, in adäquaten Wirtschaftsordnungen die Lenkung der alltäglichen Wirtschaftsprozesse durchzuführen.“ Das Lenkungsproblem der Wirtschaft insgesamt ist zweifellos für die Gestaltung der sachlichen Grundlagen einer gesunden Gesellschaftsentwicklung von unabdingbarer, grundlegender Wichtigkeit.

Die weiteren Beiträge des Jahrbuchs beleuchten von verschiedenen Seiten die Zusammenhänge zwischen der Wirtschaftsordnung und bestimmten Teilgebieten der Wirtschaft. Fr. W. Meyer zeigt diesen Zusammenhang für die von einer Vollbeschäftigungspolitik geleitete Geldmengenvermehrung auf. Eine solche Ausweitung der Geldmengen führe immer dann notwendig zu einer zentral verwalteten Wirtschaft, wenn ihre Auswirkungen auf das Preissystem gestoppt werden. Die „Kontrollen“, die eine beschäftigungspolitisch orientierte Geldtherapie anwendet (Preisstop, Devisenbewirtschaftung usw.), sind nur zu sehr geeignet, die Wettbewerbswirtschaft zur Zentralverwaltungswirtschaft umzuwandeln. Denn bei gebundenen Preisen kann das schrumpfende Angebot die wachsende Nachfrage nicht mehr decken und es muß mit Notwendigkeit zu der uns übel bekannten „Bewirtschaftung“ kommen. Die von einer solchen Vollbeschäftigungspolitik angestrebte Sicherheit der Beschäftigung (ein in sich selbstverständlich sehr hoch zu bewertendes Ziel) bleibt so lange eine leere Angelegenheit, „soweit nicht mit der vollen Beschäftigung auch die volle Leistung aller Beteiligten sichergestellt wird.“ Und das kann nur in einer Wirtschaftsordnung der Fall sein, in der nicht der Leistungswille durch den Geldstrom ertränkt wird, d. h., daß das Geld streng proportional zur produktiven Leistung gehalten wird.

Alfred Müller-Armack stellt den Satz auf: „Keine Wirtschaftsordnung ist als solche schon sittlich, wie es in grausamer Verkennung des Lebens der Kollektivismus von sich behauptet hatte. Wir glauben lediglich, daß die Marktwirtschaft einer Versittlichung des Wirtschaftslebens, die immer nur ein Akt der dabei beteiligten Personen sein kann, weniger Hemmungen in den Weg legt und mehr Spielraum bietet, um zu sozial besseren Verhältnissen zu gelangen.“ Damit seien die sozialen Anliegen, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, in der Wettbewerbswirtschaft am besten aufgehoben, zumal auch die Sozialpolitik an die Produktivität der Wirtschaft gebunden ist, die in der Befehlswirtschaft sowohl theoretisch wie erfahrungsgemäß hinter der Marktwirtschaft zurückbleibt. Mit erfreulicher Nüchternheit wird betont, daß es auch der Wettbewerbswirtschaft nie und nimmer gelingen könne, ein irdisches Paradies zu schaffen. Es muß jedoch schon hier deutlich gesagt werden, daß eine Sozialpolitik, die sich lediglich auf das Instrument der Marktwirtschaft verlassen würde, ohne eine darüber hinausweisende verpflichtende soziale Leitidee unzureichend bleiben würde. Diese der marktwirtschaftlichen Ordnung rein negative (freilich höchst wertvolle) Funktion der möglichst geringen Hemmung für die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen einer wirksamen Sozialpolitik erscheint uns zu schwach gegenüber den egoistischen Neigungen des wirtschaftenden Menschen, wie er nun einmal ist. Ganz gewiß würde Müller-Armack das nicht leugnen, aber es liegt u. E. in der Art der Darstellung die Gefahr, daß nun wiederum in „ingenieurhaftem Denken“ das Vertrauen auf den Automatismus der Marktwirtschaft die Sorge für die gerechte Verteilung des Sozialprodukts zu leicht genommen würde.

W. Röpke steuert einen Artikel über „Klein- und Mittelbetrieb in der Volkswirtschaft“ bei. Wir verweisen auf sein Buch *Civitas humana* (Zürich 1946) und beschränken uns darauf, anzuzeigen, daß der Verfasser die Tendenz zum vermassenden Großbetrieb aus den verschiedensten Gründen im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung heute für praktisch überwindbar hält.

Großbetrieb sei heute auch wirtschaftlich kein Fortschritt für einen Gütersektor, der größer ist, als man bisher glaubte.

L. Miksch stellt in seiner Untersuchung „Zur Theorie des Gleichgewichtes“ fest, daß es nur zwei Grundtypen von Wirtschaftssystemen gibt: reine Verkehrswirtschaft und reine Befehlswirtschaft. Die Gleichgewichtstendenz der ersteren (d. h. der durch den Wettbewerb erstrebte Ausgleich von Angebot und Nachfrage, gemäß dem Prinzip des maximalen Nutzens und bei Unabhängigkeit der Preise) führt zu einem Nutzenmaximum für das wirtschaftende Subjekt. „Nur die das Gesamtsystem (der Wirtschaft) überschauende Theorie erkennt, daß das interdependente und bewegliche Preissystem wie ein Medium wirkt, durch das hindurch jedem als sein höchster Nutzen erscheint, was in Wirklichkeit der gewogene Nutzen aller ist.“ (182) Monopol- wie Befehlswirtschaft verhindern nicht nur dieses Nutzenmaximum aller, sie sind durch die ihnen innewohnende Machtkonzentration „eine säkulare Gefahr für die abendländische Demokratie und für die individuelle Freiheit.“ — Der Vollständigkeit halber, sei noch auf die Besprechung bzw. Inhaltsangabe wichtiger Bücher (Schumpe er: „Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie“ — W. Lippmann: „Die Gesellschaft freier Menschen“) hingewiesen, sowie auf eine Auseinandersetzung mit den sozialistischen Ideen der Frankfurter Hefte. Dem juristischen Beitrag von K. J. Parsch kommt wohl eine zum Thema „Grundfreiheiten und Besatzungsrecht“ im wesentlichen den interessanten Stoff zusammentragende Bedeutung zu. — Die Arbeit von Fr. Böhm „Das Reichsgericht und die Kartelle“ geht dem Zusammenhang von Wirtschaftsordnung — insofern sie vom Reichsgericht in der berühmten Entscheidung über die Erlaubtheit der Kartelle (1897) in ihrem Wesen verkannt wurde — und der für den Bestand dieser Wirtschaftsordnung hochbedeutsamen Wirtschaftsverfassung nach. Gewiß stimmen wir Böhm zu, wenn er in Ergänzung der ökonomischen Theorie seiner Freunde eine Wirtschaftsverfassung verlangt, die die Freiheitsordnung des Leistungswettbewerbs garantiert. Aber — und damit soll in knappster Weise zu dem im Ganzen hochehrfreulichen Buch Stellung genommen sein — selbst eine solche mit Recht geforderte Wirtschaftsverfassung scheint nicht die Garantie für den Bestand der Wettbewerbsordnung zu geben. Man braucht nur an das Schicksal der Weimarer Verfassung nach 1933 zu denken, um zu verstehen, daß auch die sachkundigste Wirtschaftsverfassung nicht vor ihrem Mißbrauch schützen würde. Damit soll nichts Neues gesagt sein, und doch möchte man, in aller Bescheidenheit, natürlich nicht die Verfasser, wohl aber die Leser des „Ordo“ warnen, sich der bestrickend zwingenden Beweisführung dieses Buches so hinzugeben, daß sie darüber die harte Wirklichkeit vergessen, in der die Theorie des vollständigen Wettbewerbs zu verwirklichen ist. Zu dieser harten Wirklichkeit gehört vor allem der Mensch. Prof. Hayek gibt sich in seinem Artikel über den „Wahren und falschen Individualismus“ keinen Illusionen über den Menschen hin. Nur in der vollständigen Wettbewerbsordnung werde der Mensch soweit gebändigt — ohne zum Sklaven zu werden —, daß er möglichst wenig dem Ganzen schaden könne. Er sieht gewiß auch die Grenzen dieser Wirtschaftsordnung, aber sie erscheint ihm als das kleinere Übel. Was aber Hayek nicht sieht, ist die Bedeutung der christlichen Sozialphilosophie für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Er lehnt sie resignierend als unzulänglich für die eben erwähnte Aufgabe ab (20). Warum? Vielleicht u. a. deshalb, weil man (ungerechterweise) von einer Sozialphilosophie Lösungen erwartet, die zwar im Kern und grundlegend natürlich in der philosophischen Gesamtschau der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit enthalten sind, aber nicht ohne das Instrumentarium der ökonomischen Theorie und der Rechtslehre in handliche und praktisch anwendbare Form gebracht werden können. Prof. Hayek möchte den histo-

rischen Individualismus (wir wissen, was wir ihm zu verdanken haben) taufen und uns unterscheiden lassen zwischen einem wahren und einem falschen Individualismus. Wir können aber nicht anders als der Wahrheit Zeugnis geben, indem wir bekennen, daß auch der „wahre“ Individualismus — von dem Hayek glaubt, daß er ein System von Regeln biete, die uns bei der Lösung der Probleme der Gegenwart eine sichere Führung bieten — entweder Teile von Wahrheiten enthält, die im System der christlichen Sozialphilosophie ihren ursprünglichen Platz haben (worüber jede Geschichte der Philosophie unterrichtet) oder in gewissen Punkten, die näher zu behandeln über den Rahmen dieser Skizze hinausginge, genau so metaphysisch unbegründet ist wie der historische Individualismus, aus dem die Menschen dieser Zeit recht handfeste und auch von Prof. Hayek recht scharf kritisierte Folgerungen gezogen haben, Folgerungen, die sie — wenn auch mit einigen Umwegen — auch beim „wahren Individualismus“ Prof. Hayeks ziehen könnten. Man kann den christlichen Sozialwissenschaften manches vorwerfen, aber daß z. B. die christliche Sozialethik es an systematischer Geschlossenheit wie praktischer Anwendbarkeit fehlen ließe, darin irrt Hayek. Das, was die christliche Sozialphilosophie schon im Ansatz über sehr viele andere — ganz sicher auch über das System des „Wahren Individualismus“ — rangmäßig erhebt, ist ihre metaphysische Fragestellung nach dem Wesen, den Grundformen, der Tätigkeit menschlicher Gesellschaftsformen. Und gerade darin liegt die vollkommene Eindeutigkeit der christlichen Sozialphilosophie, in der es nicht möglich ist, wie u. a. auch bei Prof. Hayeks „Wahrem Individualismus“, Freiheit und Ordnung, Person und Gesellschaft, Familie und Staat nach der einen oder anderen Seite hin ausufern zu lassen, über die Grenzen der Wesenswirklichkeit des Menschen in der Gesellschaft hinaus.

Immerhin, was auch das geistige Fundament der Männer des „Ordo“ sein mag, ihre Sicht der wirtschaftlichen Wirklichkeit scheint auch uns die wirksamste Überwindung der kollektivistischen wie der monopolistischen Wirtschaft zu sein und jedenfalls das bessere Instrument auch für den „Christen in der Welt“, seine Sendung für das Ganze der menschlichen Gesellschaft zu erfüllen. Doch bewahrt uns unser christlicher Wirklichkeitssinn davor, zu glauben, daß das richtige Instrument zur Behandlung der Wirtschaft auch schon seine richtige Anwendung gewährleiste. Gewiß ist es christlichen Sozialwissenschaftlern, wenn es ihnen um Wirtschaft geht, sehr zu wünschen, sich mehr als bisher des soliden Instrumentariums der modernen ökonomischen Theorie zu bedienen; andererseits aber darf man den Vertretern der ökonomischen Theorie entgegenhalten: „Nicht vom Brot allein lebt der Mensch.“ Es gibt mehr als Wirtschaft, und auch das harmonischste Surren der „vollständigen Wettbewerbs“-maschine (so sehr wir uns bewußt bleiben, daß es das Ergebnis höchst individueller Leistungen wäre) könnte u. U. nicht verhindern, daß das Haus zusammenstürzt, in dem die Maschinerie steht. Oder anders gesagt: das Wissen um den — wie wir gern zugestehen — ökonomisch richtigen Kurs zwischen der Szylla monopolistisch entarteter Freiwirtschaft und der Charybdis einer sowohl Wirtschaft wie Gesellschaft vermassenden Befehlswirtschaft ist noch keine Sicherung dafür, daß dieser Kurs auch wirklich eingehalten wird. Hier geht es um ein ethisches Problem, das heißt eine Frage, bei der der ganze Mensch aufgerufen ist.